



Aktionsbüro:

Stadt Mülheim an der Ruhr
Am Rathaus 1
45468 Mülheim an der Ruhr

Nicole Borninghoff
Tel.: 0208 – 4 55 99 88
Fax.: 0208 – 4 55 58 99 88
E-Mail: nicole.borninghoff
@muelheim-ruhr.de

OFFENER BRIEF zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und zur dringend notwendigen Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems

- Frau Bundeskanzlerin Prof. Dr. Angela Merkel MdB
Vorsitzende der CDU
- Herrn Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen Sigmar Gabriel MdB
Vorsitzender der SPD
- Frau Katja Kipping MdB
Vorsitzende DIE LINKE
- Herrn Bernd Riexinger
Vorsitzender DIE Linke
- Frau Dr. Simone Peter MdB
Vorsitzende BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- Herrn Cem Özdemir MdB
Vorsitzender BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- Herrn Ministerpräsidenten Horst Seehofer MdL
Vorsitzender der CSU
- Herrn Christian Lindner MdL
Vorsitzender der FDP.
- Herrn Volker Kauder MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Herrn Thomas Oppermann
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
- Frau Dr. Sahra Wagenknecht MdB
Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE
- Herrn Dr. Dietmar Bartsch MdB
Vorsitzender der Bundestagsfraktion DIE LINKE
- Frau Katrin Göring-Eckardt MdB
Vorsitzende der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
- Herrn Dr. Anton Hofreiter MdB
Vorsitzender der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

- Frau Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries MdB
- Herr Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB
- Herr Bundesinnenminister Thomas de Maizière MdB
- Herr Bundesminister Kanzleramtschef Peter Altmaier MdB

- Herr Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann MdL
- Herr Regierenden Bürgermeister Michael Müller
- Herr Ministerpräsidenten Dietmar Woidke MdL
- Herr Senatspräsidenten und Bürgermeister Carsten Sieling
- Herr Ersten Bürgermeister Olaf Scholz
- Herr Ministerpräsidenten Volker Bouffier MdL
- Herr Ministerpräsidenten Erwin Sellering MdL
- Herr Ministerpräsidenten Stephan Weil MdL
- Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft MdL
- Frau Ministerpräsidentin Marie-Luise Dreyer MdL
- Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer MdL
- Herr Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich MdL
- Herr Ministerpräsidenten Reiner Haseloff MdL
- Herr Ministerpräsidenten Torsten Albig MdL
- Herr Ministerpräsidenten Bodo Ramelow MdL

- Herr Minister und Chef der NRW-Staatskanzlei Franz-Josef Lersch-Mense
- Frau Staatssekretärin Bundesratsdirektorin Dr. Ute Rettler

Sehr geehrte Damen und Herren,

Politik bewährt sich vor Ort. Steht die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Frage oder ist sie bereits nicht mehr gegeben, sind unsere Gesellschaft und unser Staat in Gefahr. Deshalb postuliert das Grundgesetz die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Sie zu garantieren beziehungsweise wieder herzustellen ist aktuell von höchster politischer Dringlichkeit.

In der Rückschau auf die dazu am 24. September 2015 im Deutschen Bundestag und am 23. September 2016 im Deutschen Bundesrat geführten Debatten, die unser auf Zeit geschlossenes und parteiübergreifendes Aktionsbündnis erbeten und dankbar verfolgt hat, fordern wir Sie mit diesem Offenen Brief dazu auf, in Ihre Wahlprogramme zu allen demnächst anstehenden Landtagswahlen und zur Bundestagswahl die Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aufzunehmen. Dabei erwarten wir keine Wunderdinge, sondern zunächst nur die Bereitschaft von Bund und Ländern zur Aufnahme ergebnisoffener Verhandlungen unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände zeitnah nach der Bundestagswahl, also beginnend im Dezember 2017/Januar 2018.

Die sich in unserem Bündnis - unabhängig von ihrer eigener Parteizugehörigkeit - engagierenden Hauptverwaltungsbeamten und Finanzdezernenten von inzwischen bereits 69 um ihre politische Gestaltungsfähigkeit ringenden Kommunen aus acht Bundesländern mit mehr als neun Millionen Einwohnern werden die Parteien der im Bundestag vertretenen Fraktionen dazu auch noch persönlich ansprechen.

Wie Sie und jeder politisch Verantwortliche wissen, ist der überwiegende Teil der von den finanzschwachen Kommunen aufgehäuften Schuldenberge nicht selbstverschuldet, sondern eine Folge von Jahrzehnte lang nicht ausreichend gegenfinanzierten Gesetzen zu Lasten der Kommunen - und trotz aller harter eigener kommunaler Sparmaßnahmen auch in hundert und mehr Jahren ohne Gründung eines Altschuldenfonds von Bund, Ländern und Gemeinden nicht abzutragen.

Nachdem die immer wieder angekündigte Neuordnung des Kommunalen Finanzsystems ausgeblieben ist, formulieren wir diesen Offenen Brief nicht als Bittsteller. Unsere Kolleginnen und Kollegen und wir fordern vom Gesetzgeber unser Recht. Wer bestellt hat, muss auch alte Schulden bezahlen! Dabei verkennen wir nicht, dass Bund und Länder gerade in den letzten Jahren - beispielsweise im Sozialbereich - eine Reihe von kommunalfreundlichen Hilfen beschlossen haben. Sie lösen allerdings das Grundproblem nicht. Das gesamte Kommunale Finanzsystem gleicht inzwischen auch für Fachleute einem Gordischen Knoten. Den gilt es politisch mutig zu entwirren. Wir wollen dabei tatkräftig helfen.

Mit wissenschaftlich überprüften Daten und Fakten von vor Ort haben unser Aktionsbündnis und die Kommunalen Spitzenverbände immer wieder darauf hingewiesen, dass die zur finanziellen Lage der deutschen Kommunen häufig veröffentlichten Gesamtstatistiken ein Zerrbild sind. Wer genau hinschaut - wie Sie das in Ihrer Verantwortung täglich tun müssen -, weiß, dass in den Mitgliedskommunen unseres Bündnisses die Steuerquellen keineswegs sprudeln! Den Beweis haben wir auch Ihnen gegenüber erbracht - und können es jederzeit erneut tun. Ihre Kommunalpolitischen Sprecher, mit denen wir in engem Kontakt sind, werden das bestätigen.

Angesichts der finanzpolitischen Rahmenbedingungen - niedrige Zinsen, sprudelnde Steuerquellen beim Bund - besteht derzeit ein vermutlich einmaliges politisches Handlungsfenster. Und zwar nach dem Motto: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“


Dies gilt vor allem für die Wiederherstellung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit finanzschwacher Kommunen und der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Hierzu bedarf es Bereitschaft zu ergebnisoffenen Gesprächen über die Neuordnung des kommunalen Finanzsystems einschließlich eines Solidarfonds zur Tilgung der kommunalen Altschulden. Wenn sichergestellt ist, dass die kommunalen Haushalte wieder ausgeglichen sind, ist von ihnen auch der Druck genommen, weitere Schulden machen zu müssen.

Falls Sie Nachfragen haben, stehen wir Ihnen persönlich bereit. Selbstverständlich können sich Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gern auch an Frau Nicole Borninghoff, die Geschäftsführerin unseres Aktionsbündnisses, wenden.

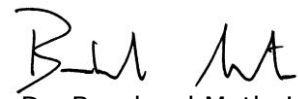
Dem Charakter eines Offenen Briefes entsprechend, werden wir dieses Schreiben nach Ablauf von zehn Werktagen den Medien zuleiten.

Sobald wir Ihre Antworten vorliegen haben, werden wir die Medien ebenfalls unterrichten. Wir hoffen sehr auf ermutigende Reaktionen.

Mit freundlichen Grüßen



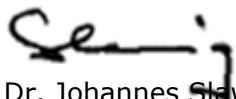
Dagmar Mühlenfeld
Oberbürgermeisterin a.D.
der Stadt Mülheim an der Ruhr



Dr. Bernhard Matheis
Oberbürgermeister
der Stadt Pirmasens



Ulrich Scholten
Oberbürgermeister der geschäftsführenden
Bündnisstadt Mülheim an der Ruhr



Dr. Johannes Slawig
Stadtdirektor und Kämmerer
der Stadt Wuppertal



Dieter Feid
Beigeordneter und Kämmerer
der Stadt Ludwigshafen

Sprecherin und Sprecher des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte"